

16.55

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir nehmen heute das Bundesfinanzrahmengesetz für die Jahre 2017 bis 2020 in eine erste Lesung, es ist gestern im Ministerrat beschlossen worden. Wie der Name schon sagt, ist es klar, dass es hier um Rahmenbedingungen geht, einerseits um den Rahmen, in dem die Budgetvorschau und die Budgetplanung für die nächsten vier Jahre vorgenommen werden, und andererseits natürlich um den Rahmen für die einzelnen Ressorts.

Wenn wir uns ansehen, wie sich der Finanzrahmen und die Rahmenbedingungen entwickeln, so ist, wie in den letzten Jahren, klar, dass eine der wesentlichen Rahmenbedingungen noch immer die Auswirkungen der Finanzkrise seit dem Jahr 2008 und damit einhergehend Bankenkrise und Wirtschaftskrise in den darauf folgenden Jahren sind. Das ist mit hohen Kosten fürs Budget verbunden, vor allem was die Bankensanierung, die Bankenrettung und die Abwicklung von Banken betrifft. Man sieht hier nicht nur die hohen sozialen Kosten der Arbeitslosigkeit, sondern natürlich auch die monetären Kosten der Arbeitslosigkeit sehr deutlich, und ich halte es für absolut richtig, dass zusätzliche Mittel in die Hand genommen werden, um Menschen, die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind, durch Qualifizierung, durch Schulung eine Chance zu geben, wieder einen Job zu bekommen und in den Arbeitsmarkt eintreten zu können.

Der dritte Punkt, der als Rahmenbedingung im Bundesfinanzrahmen in den nächsten Jahren spürbar ist, sind die Herausforderungen im Zusammenhang mit Flüchtlingen. Wir waren nicht nur letztes Jahr vor eine große Herausforderung gestellt, sondern das wird auch in den nächsten Jahren so sein. Wir werden heuer, wir werden nächstes Jahr die Aufgabe und die Herausforderung haben, Zehntausende Flüchtlinge, Kriegsflüchtlinge aufzunehmen, hier ordentlich unterzubringen, ihnen Integrationsmöglichkeiten zu bieten, ihnen Deutsch beizubringen, die Kinder in den Schulen aufzunehmen und ihnen auch eine Perspektive zu bieten.

Das sind die drei wesentlichen Rahmenbedingungen, die den Bundesfinanzrahmen in den nächsten Jahren prägen.

Das, was man im Bundesfinanzrahmen noch sieht, ist die Politik der letzten Jahre. Man sieht zum Beispiel im Bereich Pensionen, dass die Reformen, die hier gemacht wurden, damit die Menschen länger in Arbeit sind, länger arbeiten können und später in Pension gehen, wirken. Über den Finanzrahmen sehen wir, wie diese Reform wirkt und dass es hier um mehrere Milliarden geht. Also nicht jedes Jahr um mehrere

Milliarden, aber doch im Schnitt jedes Jahr um eine Milliarde, die wir weniger ausgeben müssen, als wir gedacht haben, weil eben diese Reformen wirken. Und das ist gut, dass wir es schaffen, dass Menschen länger in Beschäftigung sind, das heißt, dass das faktische Pensionsalter steigt. Und man sieht im Finanzrahmen, dass diese Reformen auch gewirkt haben.

Was man noch sieht, ist die Zinsentwicklung als Positivum – nicht, weil wir dadurch weniger Schulden haben, sondern, weil die Zinsen einfach sehr niedrig sind, und das spürt man auch ganz, ganz stark im Budget. Man sieht, dass wir dadurch Spielräume für die wichtigen Aufgaben wie Arbeitslosenbekämpfung, Pflege und so weiter haben und diese auch genützt werden.

Was man auch sieht, ist, dass sich die Einnahmenstruktur verändert hat, nicht zuletzt auch durch die Steuerreform, die heuer in Kraft getreten ist, mit der wir die Steuern und Abgaben auf Arbeit um circa 6 Milliarden € gesenkt haben. Das heißt, wir haben die Steuern auf Arbeit gesenkt, während wir im Gegenzug eine Gegenfinanzierung mit kapital- und vermögensbezogenen Steuern vorgenommen haben. Das finden wir sehr positiv. Das ist ein Weg, der seit 2008 gegangen wird: Steuern und Abgaben auf Arbeit zu senken und dafür gerechtere Steuern auf Kapital und Vermögen.

Das sind Punkte, an denen man sieht, dass die Politik, die in den letzten Jahren gemacht wurde, auch wirkt.

Es gibt noch eine sehr positive Sache, die ich sehe, und das ist – weil das Parlament hier ja schon öfters beschlossen hat, dass wir mehr für die Entwicklungszusammenarbeit machen müssen –, dass die Kürzungen, die in diesem Bereich vor einigen Jahren gemacht wurden und die, glaube ich, ein Fehler waren, zurückgenommen werden und hier wieder steigende Ausgaben, mehr Geld vorgesehen werden.

Man muss nur klar sagen, es geht nicht allein um die Frage, wie viel Geld gebe ich aus, sondern vor allem, **wie** gebe ich es aus – also darum, dass dieses Geld auch wirklich für Armutsbekämpfung ausgegeben wird und dafür, dass Menschen eine Perspektive haben in Ländern, in denen sie heute wenig oder keine Perspektive haben, und dass das einen positiven Beitrag dazu liefert, jetzt sage ich einmal, Armutsbekämpfung global zu gestalten und nicht nur Symptombekämpfung zu betreiben. Ein Symptom von Armut weltweit sind zum Beispiel Migrationsentwicklungen, und diese zu stoppen ist eine Symptombekämpfung. Und es geht darum, dieses Geld auch wirklich auszugeben, um die Ursache, nämlich die

Armut und die Perspektivenlosigkeit vor Ort, zu bekämpfen. (*Präsident Kopf übernimmt den Vorsitz.*)

Was ich halb positiv sehe, ist, dass das, was wir in den letzten Jahren hatten, nämlich eine strukturelle Unterbudgetierung im Bildungsbereich, zumindest indirekt behoben ist; nicht direkt – es wäre richtig, das zu machen –, aber zumindest indirekt über den Strategiebericht.

Was ich auch sehr positiv finde, ist, dass wir Geld für Integration in die Hand nehmen, wo es um den Bildungsbereich geht, wo es natürlich auch um den Sicherheitsbereich geht, aber vor allem auch um Bildungs- und Integrationsmaßnahmen.

Ich finde es positiv, dass wir mehrere Maßnahmen gesetzt haben, um die Steuerehrlichkeit zu erhöhen. Wir haben Maßnahmen gesetzt, die quer durch die Gesellschaft gehen, also sowohl große Steuerzahler als auch kleine Steuerzahler betreffen. Ich glaube aber, dass wir vor allem bei den sehr großen Einkommensbeziehern – die, wie wir aus Panama Leaks und dergleichen sehen, noch immer Schlupflöcher nutzen, um nicht ehrlich ihre Steuer zu zahlen – mehr machen müssen. Ich glaube, dass es richtig ist, eine Registrierkassenpflicht zu haben, ich glaube, dass die Belegerteilungspflicht richtig ist, ich glaube nur, dass das Verständnis dafür ein höheres wäre, wenn man sehen würde, dass man auch gegen die Oberen Zehntausend und deren „Tricks“ – unter Anführungszeichen –, um nicht ihren gerechten Steuerbeitrag zu leisten, effektiver vorgeht.

Es gibt eine Reihe von nationalen Maßnahmen, die wir noch setzen könnten. Wir hatten ja vor wenigen Tagen eine Sondersitzung, da haben wir von der SPÖ eine Reihe von Vorschlägen gemacht, wie zum Beispiel – zur Erinnerung – eine Verpflichtung, Briefkastenfirmen offenzulegen, sich als Steuerzahler in Österreich zu deklarieren und die eben nicht heimlich zu machen, sondern sie zu deklarieren. Oder: eine nationale Liste von Steuersümpfen – das heißt, dass einfach die Beziehungen mit Steuersümpfen eingeschränkt werden und es die Möglichkeit gibt, Teile der Welt, die einfach nicht kooperieren, von Zahlungsströmen und Zahlungsflüssen unsererseits abzuschneiden.

Ich würde mich freuen, wenn wir, auch als Signal gerade an die breite Masse – die ein hohes Verständnis hat, Steuern zu zahlen, wenn **alle** ihre Steuern zahlen –, eine breitere Mehrheit hier im Haus fänden, auch effektiver gegen die **großen** schwarzen Schafe vorzugehen. Ich lade alle dazu ein, mit uns gemeinsam in den nächsten Wochen im Budgetausschuss sehr sachorientiert den Bundesfinanzrahmen zu diskutieren, aber natürlich auch Maßnahmen, die darüber hinausgehen, vor allem

wenn es um die Frage geht, was wir machen können, damit auch die großen Firmen und die sehr reichen Einzelpersonen ihre Steuern ehrlich zahlen. – Danke schön.

*(Beifall bei der SPÖ sowie der Abg. **Tamandl.**)*

17.03

Präsident Karlheinz Kopf: Nun gelangt Frau Abgeordnete Tamandl zu Wort. – Bitte.